

ten. Er schlug vor, daß Japan und China die Ereignisse von Nanjing im Jahre 1937 gemeinsam erforschen sollten. Zugleich kritisierte er den seinerzeitigen Ministerpräsidenten Hata, weil dieser den Justizminister wegen der Äußerung, das Nanjing-Massaker sei reine Erfindung, entlassen hatte. (Kyodo News Service, Tokyo, 2.6.94, nach SWB, 4.6.94) -st-

Außenwirtschaft

*(20)

Rückgang der Auslandsinvestitionen

Im 1.Quartal 1994 belief sich die Zahl der neu bewilligten Investitionsprojekte auf 10.739, ging jedoch im Vergleich zur Vorjahresperiode um rd. 44% zurück. Den Grund für diese Entwicklung sieht die Staatliche Industrie- und Handelsverwaltung in der verstärkten staatlichen Kontrolle über Investitionsprojekte, insbesondere im Immobiliensektor. Dadurch wären zu Recht Investoren abgeschreckt worden, die über illegale Kapitalabflüsse nach Hongkong anschließend auf dem Festland mit re-investiertem Kapital Immobilienspekulationen durchgeführt hätten.

Auch die Einführung neuer Steuerbestimmungen für Auslandsunternehmen habe sich negativ auf die Motivation der Investoren ausgewirkt. So würden die Auslandsunternehmen nur noch in den Sonderzonen steuerliche Vergünstigungen erhalten, sonst aber den inländischen Unternehmen gleichgestellt sein. Als weiteren Grund nennt die Staatliche Industrie- und Handelsverwaltung die Verbesserung der Investitionsanreize in einigen asiatischen Nachbarländern, die den Zustrom von Auslandskapital nach China beeinträchtigt habe. (NZZ, 16.6.94)

Vor allem taiwanesischen Investoren waren in den ersten Monaten dieses Jahres eher zurückhaltend. Nach Angaben der taiwanesischen Investitionskommission beliefen sich die Investitionsanträge im April d.J. lediglich auf 105, während im Vergleichsmonat des letzten Jahres 433 Anträge gestellt worden seien. (SCMP, 15.6.94) Im Zeitraum Januar bis Mai d.J. weist die

taiwanesischen Investitionskommission 475 genehmigte Investitionsanträge mit einem Volumen von 373 Mio. US\$ aus. In der Vergleichsperiode 1993 waren es insgesamt 1.161 Anträge mit einem Volumen von 511 Mio.US\$. (SCMP, 14.6.94)

Als weiterer Grund für den Rückgang der Aktivitäten ausländischer Investoren wird von westlichen Beobachtern der hohe Kostenanstieg bei Löhnen und Grundstückspreisen genannt. Im Vergleich zu diesen Kosten seien die steuerlichen Vergünstigungen von untergeordneter Bedeutung. (SCMP, 15.6.94)

Hongkonger Analysten sehen in der vorübergehenden Reduzierung der Auslandsinvestitionen keine beunruhigende Entwicklung. China müsse brauche auch Zeit, die hohe Anzahl der genehmigten Projekte der letzten Jahren Zeit zu "verdauen". Gleichzeitig könne der Rückgang der Auslandsinvestitionen zur Abkühlung der überhitzten wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. (AWSJ, 16.6.94)

Auch in der Provinz Guangdong ging in den ersten fünf Monaten d.J. im Vergleich zur Vorjahresperiode die Anzahl der genehmigten Investitionsprojekte um rund ein Drittel und das zugesagte Investitionsvolumen um 10% zurück. Während Investitionsprojekte aus Hongkong und Taiwan deutlich zurückfielen, stieg die Anzahl der Projekte mit Investoren aus Großbritannien, Frankreich, den USA, Australien und Thailand um 50%. (SCMP, 14.6.94) -schü-

*(21)

Japanische Fotoapparate marktbeherrschend

Obwohl die Produktion chinesischer Fotoapparate von 3,12 Mio.Stück im Jahre 1988 auf 5,26 Mio. Stück im Jahre 1992 stieg, verdrängen japanische Angebote in zunehmendem Maße die im Inland hergestellten Produkte. Neben den regulären Importen gelangte ein Teil der japanischen Kameras als Schmuggelware ins Land. Von den ehemals 34 chinesischen Unternehmen, die noch in den 70er Jahren Kameras produzierten, bestehen heute noch weniger als Hälfte. Das größte chinesische Unternehmen, Seagull, wies 1993 einen Output von 216.740

Kameras aus, von denen 52.665 exportiert wurden. Die Exportmodelle werden jedoch in Lizenzfertigung hergestellt und unter einem anderen Markennamen ins Ausland verkauft.

Chinesische Kunden ziehen japanische Fotoapparate aufgrund der handlicheren Bedienungsmöglichkeiten, des besseren Designs und der technischen Neuerungen vor. Die Verkaufspreise für eine Seagull-Kamera liegen zwischen ca. 540 bis 1.260, die beliebtesten meist vollautomatischen japanischen Fotoapparate kosten zwischen ca. 380 bis 1.000 Yuan. (SCMP, 21.6.94)

Ende 1992 wies der Bestand an Kameras in China eine Größe von rd. 27 Mio. Stück aus, so daß auf 100 Haushalte im Durchschnitt erst 2,3 Kameras entfielen. Vorläufigen Angaben für 1993 zufolge wurden 1993 rd. 2,5 Mio. Fotoapparate im Wert von 950 Mio. Yuan gekauft. (NFA, 17.6.94) -schü-

*(22)

Schneller Anstieg der Büromieten in den Großstädten

Der China-Boom der letzten Jahre hat die Nachfrage nach Büro- und Geschäftsräumen schnell steigen lassen, während sich das Angebot nur unzureichend entwickelte. Trotz gestiegener Mieten bestehen lange Wartelisten für ausländische Unternehmen, die inzwischen auch Büroräume in den Luxushotels anmieten müssen. In Shanghai beispielsweise werden inzwischen im Durchschnitt 15% der Zimmer in den großen Hotels als Büros vermietet.

Die hohe Nachfrage nach Büro- und Geschäftsräumen führte nach Angaben des Hong Kong Trade Development Council zu einem Anstieg der Mietpreise um 50% bis 60%. In den Großstädten Beijing und Shanghai variiere die Monatsmiete zwischen 25-60 US\$/m². (CD, Business Weekly, 26.6.-2.7.94, S. 8) -schü-

Binnenwirtschaft

*(23)

Industriepolitische Richtlinien für die 90er Jahre

Die Ende März d.J. vom Staatsrat genehmigten "Industriepolitischen Richtlinien für die 90er Jahre" wurden nun-

mehr veröffentlicht. Dieser Entwurf soll als Richtlinie für die zukünftige Industriepolitik dienen. Im folgenden werden nur einige Auszüge aus diesen eher allgemein gehaltenen Richtlinien dargestellt, da angekündigt wurde, daß zu einem späteren Zeitpunkt detaillierte Entwürfe für einzelne Industriebranchen wie Transport, Kommunikation, Bauwesen, Elektronik, Maschinenbau und Petrochemie sowie für Auslandsinvestitionen, Außenhandel, Technologie und Industriorganisation vorgelegt würden.

Bei der Formulierung der industriepolitischen Richtlinien und der Kontrolle ihrer Umsetzung spielt die Staatliche Planungskommission (SPK) die entscheidende Rolle. Nach Aufstellung der detaillierten Richtlinien für die einzelnen Branchen will die SPK auch die industriepolitischen Aktivitäten der einzelnen Provinzen über diese Richtlinien koordinieren.

Die Richtlinien sind in sechs Abschnitte aufgeteilt, denen eine Reihe von Prinzipien bei der Formulierung der Industriepolitik vorangestellt werden. Hierzu zählen:

1.

Die Industriepolitik muß mit den objektiven Gesetzen der Industrialisierung und des Modernisierungsprozesses übereinstimmen und in enger Verbindung zu den in China vorherrschenden Bedingungen und den Veränderungen der Industriestruktur stehen.

2.

Die Industriepolitik soll den Anforderungen an den Aufbau einer sozialistischen Marktwirtschaft entsprechen und die Funktion des Marktes in der Ressourcenallokation im Rahmen der staatlichen Makroregulierung und -kontrolle zur Entfaltung bringen.

3.

Die Industriepolitik beschränkt sich auf wichtige Aspekte und konzentriert sich auf die wesentlichen Aspekte, die die gesamte Wirtschaft betreffen.

4.

Die Industriepolitik muß umsetzbar sein und in erster Linie wirtschaftliche, rechtliche und erforderliche administrative Mittel einsetzen, um die Realisierung der Politik zu garantieren. Sie muß die Industriebranchen und Pro-

dukte mit einem unzureichenden Angebot fördern und Industriebranchen und Produkte mit einem Überhang beschränken.

Zu den wesentlichen Herausforderungen, denen sich die Industriepolitik in den 90er Jahren gegenübersehen, zählen den Richtlinien zufolge die Förderung von Landwirtschaft, Rohstoffindustrien, Infrastruktur, Schlüsselindustrien, Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, der technologischen Entwicklung und des tertiären Sektors.

Zum 1.Abschnitt "Entwicklung der Landwirtschaft, der ländlichen Wirtschaft und Anhebung der bäuerlichen Einkommen" erscheinen folgende Aspekte von Bedeutung:

- Verlängerung der bäuerlichen Pachtverträge für die Landnutzung.
- Entwicklung der Märkte in den ländlichen Gebieten.
- Schutz der Getreidepreise, Aufbau von Getreide-Risikofonds und von Getreide-Reserven.
- Schutz der landwirtschaftlichen Anbauflächen mit schrittweiser Einrichtung von Schutzzonen für Ackerland.
- Steigerung der Investitionen der Zentralregierung und der Lokalregierung für die Landwirtschaft.

Im 2.Abschnitt "Stärkung der Infrastruktur und der Rohstoffindustrien" wird das Prinzip der umfassenden Planung und "rationalen" geografischen Verteilung hervorgehoben. Für einzelne Bereiche sollen folgende Prioritäten gelten:

Transportsektor:

- Erhöhung der Transportkapazität der Eisenbahnen.
- Konzentration auf längere Transportverbindungen.
- Aufbau eines umfassenden Transportsystems.

Telekommunikationsindustrie:

- Hohes Entwicklungstempo der Industrie, hochwertige Produktqualität und Großfertigung (large scale).
- Nutzung moderner Technologie und Ausrüstungen aus dem Ausland.
- So schnell wie möglich die eigene Produktion im Inland aufbauen.

Energiesektor:

- Erschließung und Erhaltung gleichzeitig verfolgen.
- Koordinierte Entwicklung der Energieressourcen.

Kohleindustrie:

- Beschleunigte Entwicklung der staatseigenen Bergwerke und Transformation der lokalen Bergwerke.

Erdölindustrie:

- Stabilisierung (der Produktion) in den östlichen Regionen, Entwicklung der westlichen Regionen und schnellere Erschließung neuer Ressourcen.
- Nutzung von Auslandskapital.

Elektrizitätsindustrie:

- Lokale Bedingungen berücksichtigen und Wasser-, Wärme- und Atomkraft nutzen.

Um die Entwicklung der Infrastruktur und der Rohstoffindustrien zu beschleunigen, sollen die Verantwortlichkeiten der Zentralregierung und der Lokalregierungen klar definiert werden. Spezielle Entwicklungs- und Finanzierungspläne sollen aufgestellt, der Einsatz privater Investitionen gefördert und die Emission von Anleihen zur Finanzierung berücksichtigt werden. Für die Infrastruktur sollen Einnahmen aus Grundstücksverpachtungen verwendet und Investoren im Transportsektor Vergünstigungen eingeräumt werden.

Im 3.Abschnitt "Belebung der Schlüsselindustrien" wird auf die Elektronik- und Maschinenbauindustrie, auf Petrochemie, Autoindustrie und den Bauindustrie eingegangen:

Maschinenbau:

- Konzentration auf Standard-Werkzeugmaschinen, Ersatzteile und Ausrüstungen, die Schlüsseltechnologien verlangen, um den Produkt-Mix, den technischen Standard und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Elektronikindustrie:

- Modernisierung auf der Basis der Herstellung von mikroelektronischen Komponenten, Telekommunikationsausrüstungen, Computern und anderen neuen Produkten der Informationstechnologie.

Petrochemie:

- Erhöhung der Produktion, des technischen Niveaus und der Verarbeitungsmöglichkeiten.

Autoindustrie:

- Schnelle Umstrukturierung mit Reduzierung der Unternehmenszahl aber hohem Output, Aufbau eines

Marktes mit geordnetem Wettbewerb, Erhöhung des inländischen Marktanteils und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Bauindustrie:

- Konzentration auf Wohnungsbau in Städten und ländlichen Gebieten, staatliche Schlüsselprojekte und Städtebau. Aufbau eines einheitlichen, offenen, wettbewerblichen organisierten und geordneten Marktes. Verbesserung der Qualität der Bauleistungen.

Um die Entwicklung der Schlüsselindustrien zu fördern sollen einheitliche industriepolitische Richtlinien aufgestellt und ihre Umsetzung durch gesetzliche Vorschriften garantiert werden. Vorgesehen sind der Aufbau eines Investitions- und Kreditsystems und der direkte Zugang zu Krediten für die Unternehmen. Auch bei der Emission von Anleihen sollen die Schlüsselindustrien besonders berücksichtigt werden und finanzielle und sonstige materielle staatliche Unterstützung bei der Entwicklung von Technologien erhalten. Mit Genehmigung des Staatsrates wird einer bestimmten Anzahl von Großunternehmen das Recht zugestanden werden, Auslandskredite aufzunehmen. Einigen Produkten der Schlüsselindustrien wird besonderer Schutz vor ausländischer Konkurrenz im Rahmen der "infant industries" gegeben. Gleichzeitig soll ein Teil des Inlandsmarktes für ausländische Produkte im Austausch für Schlüsseltechnologien und -ausrüstungen geöffnet werden.

Im IV. Abschnitt der Richtlinien geht es um die außenwirtschaftlichen Beziehungen.

Folgende Exporte sollen besonders gefördert werden:

- Landwirtschaftliche und Nebengewerbeprodukte mit hoher Wettbewerbsfähigkeit, leichtindustrielle und Textilprodukte, Haushalts-Elektronik und elektrische Geräte mit ausgereiften Technologien, Produkte mit hoher Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit sowie High-Tech-Produkte.

Im Importbereich soll vor allem die Einfuhr neuer Technologien für wichtige Ausrüstungen und Ersatzteile gefördert werden. Keine Unterstützung soll der Import von teuren Konsumgütern erfahren.

Im Abschnitt V, "Industrieorganisation, -technologie und Verteilung der Industriestandorte" erscheinen folgende Aspekte hervorhebenswert:

- Förderung des Wettbewerbs zwischen monopolistischen Regionalindustrien.
- Aufstellung von Standards für die Größenordnung von Industriebetrieben.
- Abbau von regionalen Marktbarrieren durch Beschränkung oder Verbot von Projekten, die bestimmte Skalengrößen nicht erfüllen.
- Förderung des technologischen Fortschrittes durch Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie Aufstellung von Entwicklungsplänen.
- Förderung der Wirtschaftskraft der wenig entwickelten Regionen, indem u.a. der Aufbau von Industriegürteln unterstützt wird.
- Die östlichen Küstenregionen sollen sich verstärkt um Auslandsinvestitionen bemühen und ihre exportorientierte Wirtschaft weiter entwickeln, insbesondere technologieintensive Industrien und solcher mit hoher Wertschöpfung, die sparsam im Einsatz von Energie und Rohstoffen sind.
- Die zentralen und westlichen Regionen sollen ihre Ressourcen nutzbar machen, die geografische Lage ihrer Grenzregionen für die außenwirtschaftliche Öffnung nutzen und Industrien aufbauen, die auf diesen Vorteilen basieren.
- Vorgesehen ist ein schrittweiser Übergang zu einer Wirtschaftspolitik, die Vorzugsbedingungen bei Investitionen, Krediten, Verteilung von Projekten und Auslandskapital nicht mehr an Regionen bindet, sondern an Industrien, und die notwendige Unterstützung von Entwicklungsprojekten in den zentralen und westlichen Regionen bereitstellt.

Im letzten Abschnitt "Aufstellung der industriepolitischen Richtlinien und Umsetzung" wird die Funktion der SPK deutlich. So ist die SPK verantwortlich für die Analyse, Formulierung und Koordination der Industriepolitik, wobei sie sich mit anderen Ministerien abstimmt. Die Implementation der Industriepolitik wird durch die entsprechenden Ministerien der Zentralregie-

rung durchgeführt. Die SKP überprüft und genehmigt die wirtschaftspolitischen Vorhaben einzelner Ministerien, die einen Einfluß auf die Industriepolitik haben und koordiniert diese. Zusammen mit den entsprechenden Ministerien ist die SKP für die Überwachung und Analyse der Implementation der Industriepolitik verantwortlich. Die Lokalregierungen in den Provinzen müssen Implementationsregeln aufstellen und der SKP über die Umsetzung der Industriepolitik berichten. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 22.6.94)

Obwohl noch abgewartet werden muß, wie die industriepolitischen Richtlinien für einzelne Branchen aussehen werden, ist bereits erkennbar, daß der SKP eine herausragende Rolle in der Koordinierung der Wirtschaftsentwicklung zukommt. Welche Entscheidungsspielräume die Lokalregierungen gegenüber der SKP haben werden, bleibt noch unklar. Die Richtlinien zeigen jedoch den deutlichen Versuch, regionale wirtschaftspolitische Kompetenzen zu beschneiden.

Dem Marktmechanismus das Ausschneiden nicht wettbewerbsfähiger Industrieunternehmen zu überlassen, scheint noch keine tatsächliche Alternative gegenüber regulierenden Eingriffen der SKP. Tatsächlich kann von einem einheitlichen Markt in China auch noch nicht ausgegangen werden, da regionale Marktzutrittsbarrieren bestehen und selbst ineffiziente Unternehmen weiter bestehen bzw. weiter neue Unternehmen in Industriezweigen mit hohem Kapazitätsüberhang gegründet werden können.

Die chinesische Regierung hatte bei ihren industriepolitischen Richtlinien wohl auch das Beispiel anderer asiatischer Länder vor Augen, in denen der Staat eine aktive Rolle in der Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung verfolgte. Hierfür scheint auch die Aufstellung dieser Richtlinien mit ihrer Betonung einzelner Schlüsselindustrien zu sprechen.

Wie die *China Daily* am 17.6.94 berichtet, wurden bereits erste Richtlinien für die Entwicklung der Autoindustrie als eine der Schlüsselindustrien bekannt. So soll die Produktion für 90% des inländischen Marktes bis zum Jahre 2000 auf drei Großunternehmen beschränkt werden. Um die bestehen-

de Industrie zu schützen, werden neue Genehmigungen für Auslandsinvestitionen, die den Aufbau von Kfz-Montagekapazitäten zum Ziel haben, bis zum Jahr 1996 nicht mehr erteilt. Ein weiterer Schutz soll durch Importquoten und -lizenzen gegeben werden. Unternehmen in der Produktion von Kfz-Teilen sollen jedoch noch weiter gefördert werden. -schü-

*(24)

Inflations-Höhepunkt überschritten?

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes betrug der Preisanstieg im Einzelhandel im Mai d.J. 18,9% gegenüber dem Vorjahresmonat und lag damit um 0,6% niedriger als im Vormonat April. Nach Einschätzung des Statistikamtes konnte der Preisanstieg unter Kontrolle gebracht werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 15.6.94, nach SWB, 17.6.94)

Auch der Preisanstieg bei Kapitalgütern scheint aufgehalten zu sein. So sollen sich die Preise für Kapitalgüter im 1.Quartal 1994 um lediglich 8,2% erhöht haben. Gegenüber dem 1.Quartal 1993 ist dies ein Rückgang um 30%. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hong Kong, in Chinese, 27.5.94, nach SWB, 15.6.94)

Daß aber weiterhin Furcht vor einer Fortsetzung der Inflationsspirale besteht, zeigt die Ankündigung, daß bei bestimmten Gütern und Dienstleistungen die direkte Preiskontrolle des Staates fortgesetzt wird. Hierzu zählen Rohöl, Erdgas, einige seltene Metalle, Arzneimittel, Waffen, Mieten der öffentlichen Angestellten und Personengruppen mit niedrigem Einkommen, Preise für öffentliche Verkehrsmittel, städtische Wasser- und Gasgebühren, Elektrizitätspreise für private Nutzung und Unternehmen, Fahrpreise der Eisenbahn für Personen- und Frachtbeförderung, Gebühren für Postzustellung und Telekommunikation sowie Schulgebühren und Gebühren für die Sozial- und Gesundheitsversicherung. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hong Kong, in Chinese, 21.6.94, nach SWB, 24.6.94)

Zusammen mit den im März d.J. eingeführten Preiskontrollen bei wichtigen Gütern des täglichen Bedarfs zeigt die Aussetzung weiterer Preisfreigaben für die oben genannten Güter und

Dienstleistungen, daß die im letzten Jahr begonnene Preisreform durch die neuen Restriktionen ausgehöhlt wurde. Der Entspannung an der Preisfront und damit der Vermeidung sozialer Unruhen wird höchste Priorität eingeräumt.

Auch die Überwachung der Preiskontrollen läuft weiter. Hierzu zählt die Kenntlichmachung von Höchstpreisen für die Produkte mit Preisschildern und die Aufstellung von Preislisten für Dienstleistungen.

Weitere Erfolge scheinen bei der Kontrolle über den Anstieg der Anlageinvestitionen erreicht worden zu sein. So war die Erhöhung der Anlageinvestitionen staatseigener Unternehmen im Mai im Vergleich zu April um 16,3% niedriger. Der Anstieg dieser Anlageinvestitionen im Zeitraum Januar bis Mai d.J. betrug 34,2%. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 15.6.94, nach SWB, 17.6.94)

In bestimmten Regionen scheint der Inflationsdruck noch sehr groß zu sein. So wird zwar auch vom Preisverwaltungsamt der Provinz Guangdong von einem ersten Erfolg der Makroregulierung und -kontrolle gesprochen, da der Anstieg der Einzelhandelspreise von 19% im April auf 17% im Mai zurückgegangen sei. Allerdings gebe es noch viele Risikofaktoren für weitere Preissteigerungen, zu denen beispielsweise die Erhöhung der Energiepreise zählt, die nach Abschaffung des dualen Energiepreissystems aufgetreten seien. Diese würden die Produktionskosten erhöhen. Auch die Wirkungen der Erdölpreisreform vom Mai d.J. und der Getreidepreisreform seien zu spüren. Weiterhin werde sich die erwartete Preisreform bei Chemiedünger auf das Preisniveau niederschlagen. Außerdem werde man mit einer steigenden Konsumgüternachfrage aufgrund der Lohnerhöhungen für die öffentlichen Angestellten rechnen müssen. Zusätzlich sehe sich die Provinz dem Problem gegenüber, daß nach einer Dürreperiode nunmehr Überschwemmungen aufgetreten seien und die landwirtschaftliche Produktion Verluste hinnehmen mußte. Hierdurch werde das Marktangebot und die Versorgung der Bevölkerung beeinträchtigt. Vor diesem Hintergrund müsse das Preisverwaltungsamt seine Anstrengungen bei der Preiskontrolle verstärken. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 26.6.94, nach SWB, 29.6.94) -schü-

*(25)

Parteiorganisation für Privatunternehmen in Shenzhen gegründet

In der Sonderwirtschaftszone Shenzhen wurde Anfang Juni d.J. eine erste Parteiorganisation für private Unternehmen in Industrie und Handel gegründet. Nach Angaben des stellvertretenden Leiters der Organisationsabteilung des KPCh-Parteikomitees der Stadt Shenzhen, Lu Feng, werde diese Entwicklung innerhalb der Stadt weiter gefördert.

Wie die Nachrichtenagentur *Zhongguo Xinwen She* berichtet, soll es derzeit 56.400 Selbständige und private Unternehmen geben, die der Besteuerung unterliegen. Die Anzahl der privaten Unternehmen betrage rd. 3.000 und ihre Beschäftigtenzahl rd. 6.000. Mehr als 200 Privatunternehmen wiesen ein registriertes Kapital von jeweils 100.000 Yuan auf. Auch einige größere Privatunternehmen würden existieren, deren registriertes Kapital jeweils rd. 20 Mio. Yuan betrage und die ca. 400 Arbeitskräfte im Durchschnitt beschäftigten. Im letzten Jahr hätten sich die Steuerzahlungen der Selbständigen und privaten Unternehmen auf 736 Mio. Yuan belaufen, so daß Shenzhen hinter Shanghai hierbei an zweiter Stelle der Steuerablieferung stehe.

Die meisten Privatunternehmer beachteten zwar die gesetzlichen Bestimmungen, doch einige Unternehmer würden unlautere Mittel einsetzen und die Konsumenten schädigen.

Die neu gegründete Parteiorganisation, *Yuanling-Markt*, bestehe aus sieben Parteimitgliedern, die "Model-Privatunternehmer" seien und Geschäfte in diesem Yuanling-Markt unterhielten. Sie hätten sich in den letzten Jahren dadurch ausgezeichnet, daß sie für die Überwachung eines beruflichen Ehrenkodex und der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften eingetreten wären. Außerdem hätten sie sich für die öffentliche Wohlfahrt eingesetzt. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, 8.6.94, nach SWB, 11.6.94) -schü-

*(26)

Höhere Kredite und Ankaufspreise für die Landwirtschaft

Um ausreichende finanzielle Mittel für den staatlichen Ankauf von Getreide, Baumwolle und Gemüse bereitzustellen

len, hat der Staatsrat Ende Mai entschieden, für die Landwirtschaft höhere Kredite bereitzustellen. Der Anteil der Kredite für die Landwirtschaft am geplanten gesamten Kreditvolumen soll von 6% im Jahre 1993 auf 10% in diesem Jahr erhöht werden. Bereits Anfang des Jahres hatte die Landwirtschaftsbank das Kreditvolumen um 28% auf 29 Mrd. Yuan erhöht. Zusätzlich wurden Kredite in Höhe von vier Mrd. Yuan für arme Gebiete und zwei Mrd. Yuan als die Kredite für Entwicklungsprogramme in der Landwirtschaft bereitgestellt. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 24.5.94, nach SWB, 8.6.94)

Weiterhin sollen die auf den Anbau von Getreide und Baumwolle spezialisierten Kreise durch zinsgünstige Kredite gefördert werden. In das Kreditförderprogramm werden 523 Kreise mit Konzentration auf den Getreideanbau sowie 150 baumwollproduzierende Kreise eingeschlossen. Diesen Kreisen werden über einen Zeitraum von fünf Jahren jährlich zinsgünstige Kredite in Höhe von insgesamt 6,5 Mrd. Yuan zur Verfügung gestellt; 1,5 Mrd. Yuan erhalten die Kreise mit Baumwollanbau.

An die Provinz Jiangsu (60 Kreise mit Schwerpunkt in der Getreide- und Baumwollproduktion) wird die höchste Kreditsumme entfallen. An zweiter Stelle stehen die Provinzen Shandong, Anhui, Hebei, Liaoning, Jiangxi und Jilin (Xinwen News Agency, Beijing, in English, 26.6.94)

Der Zinssatz für die Kredite wird bei jährlich 8% und damit um 2% niedriger als die durchschnittlichen Kreditzinsen liegen. Die Aufteilung der Kreditsummen wird in Abhängigkeit von den Produktions- sowie den Verkaufsmengen an den Staat vergeben werden. Vom gesamten Kreditvolumen sollen die Provinzen und Städte, in denen die betreffenden Kreise liegen, einen Anteil von 20-30% übernehmen. (SCMP, 27.6.94)

Nach Angaben der *International Herald Tribune* vom 27.6.94 soll der Staatsrat angeblich neuen Preisanhebungen zugestimmt, diese jedoch noch nicht veröffentlicht haben. Die Preiserhöhungen seien mit Blick auf die notwendige Stabilisierung der Getreideproduktion erfolgt und umfaßten höhere Preise für Weizen, Reis und an-

dere Getreidesorten. Auch die *Financial Times* berichtet von Preiserhöhungen, die zum 10.6. in Kraft getreten seien. Der Anstieg bei Qualitäts-Weizenmehl habe 37% und bei Reis 17% betragen. Eine vorherige Bekanntgabe der Preisanhebung sei nach Angaben der Beijinger Stadtregierung nicht erfolgt, um keine negativen Reaktionen bei der Bevölkerung hervorzurufen. (FT, 16.6.94)

Während einer Inspektionsreise durch die Provinzen Jilin und Liaoning (Nordostchina) soll der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji die herausragende Funktion der Preise - hier jedoch der landwirtschaftlichen Inputpreise - für die Motivation der Bauern im Getreideanbau betont haben. Zhu Rongji soll eine Stabilisierung der Preise für landwirtschaftliche Inputs und Verbesserungen im Handelssystem gefordert haben. (SCMP, 24.6.94) -schü-

Taiwan

*(27) Staatsbesuch des nigerianischen Präsidenten Ousmane

Der nigerianische Präsident Mahama Ousmane stattete Taiwan vom 2. bis 7. Juni einen Staatsbesuch ab. Das westafrikanische Land hatte im Juni 1992 trotz seiner diplomatischen Beziehungen mit der VR China die Republik China in Taiwan diplomatisch anerkannt. Aufgrund des Protests aus Beijing und des Drucks des eigenen Parlaments wurde neun Tage später die Anerkennung zurückgezogen, was aber unmittelbar vom damaligen Regierungschef Amaduo Cheffou wieder dementiert wurde. Erst nachdem Taipei am 21. Juli desselben Jahres seine Botschaft in Niamey errichtet hatte, "suspendierte" Beijing am 30. desselben Monats die diplomatischen Beziehungen zu Niger aus Protest gegen dessen Zwei-China-Politik und warf Taiwan "Gelddiplomatie" vor. Für den "Seitensprung" hat Taiwan Nigeria damals einen Entwicklungshilfebetrug in Höhe von 50 Mio. US\$ gewährt.

In einem Gemeinsamen Kommuniqué anlässlich des Besuchs von Präsident Ousmane wiederholte der Präsident,

daß Nigeria Taiwans Rückkehr in die UNO und andere internationale Organisationen unterstütze. Beide Seiten seien mit den gegenwärtigen Beziehungen zufrieden, so heißt es. Präsident Ousmane hat um weitere Entwicklungshilfe nachgesucht; Taiwan hat bereits zugesagt, ein agrartechnisches Corps für die Entwicklung der Landwirtschaft nach Nigeria zu senden. Ferner haben die Außenminister beider Regierungen ein Handelsabkommen und eine Vereinbarung zur Gründung eines Gemischten Komitees für gemeinsame Zusammenarbeit unterzeichnet. (LHB und CP, 8.6.94; ZYRB, 9.6.94; FCJ, 10.6.94) -ni-

*(28)

Lateinamerikareise von Lian Zhan

Kurz nach Präsident Li Denghuis (Lee Teng-hui) Reise nach Nicaragua und Costa Rica im Mai d.J. (siehe C.a. Mai 1994, Ü 31) stattete Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) vom 31. Mai bis 5. Juni zwei anderen lateinamerikanischen Staaten, El Salvador und Guatemala, einen offiziellen Besuch ab. Er nahm an den Feierlichkeiten zur Amtseinführung des neu gewählten salvadorianischen Präsidenten Armando Calderon Sol teil. Zu beiden Ländern unterhält Taipei volle diplomatische Beziehungen. Lian wurde von Wirtschaftsminister Jiang Bingkun (Chiang Pin-kung) und anderen begleitet. Dem Wirtschaftsministerium in Taipei zufolge will Taiwan sowohl El Salvador als auch Guatemala 20 Mio. US\$ Entwicklungshilfe gewähren. (FCJ, 10.6.94)

Außer in El Salvador und Guatemala machte Lian vom 5. bis 7. Juni einen "inoffiziellen" Besuch in Mexiko. Mexiko ist das einzige Land in Mittelamerika, das nicht zu Taiwan, sondern zu Beijing diplomatische Beziehungen unterhält. Erst am 1. Mai d.J. eröffnete Taipei ein halbamtliches Repräsentationsbüro in Mexiko Stadt. Der bilaterale Handel beider Staaten erreichte 1993 eine Höhe von 700 Mio. US\$ und einen Überschuß von 300 Mio. US\$ zu Gunsten Taiwans. (CP, 7.6.94)

Nach Aussagen des mexikanischen Vizeministers für Außenhandel und Investitionen, Pedro Noyola, der am 23. und 24. Juni Taiwan besuchte, soll in seinem Land ein "Taiwan Industry Park" gegründet werden. Nach der